



1 – 2

**Schwerpunktnummer
«Drittmittel»:
FUB-Präsident Jean-Luc
Nordmann über Risiken
und Chancen**

2 – 5

**Universitätsrats-
präsident Ueli Vischer:
Mit privaten Mitteln be-
stehende Schwerpunkte
erweitern**

6

**«Das Öffentlichkeitsprin-
zip wird gut umgesetzt»

«Forschung braucht
Partner»**

7

**«Erasmus brachte
unglaublich viel»:
Bericht eines ehemali-
gen Studenten.**

Starke Universität dank Drittmitteln?

Private Drittmittel bergen Risiken – systematisch und gezielt eingesetzt, eröffnen sie zusätzliche Chancen, die wir in Zukunft noch verstärkt nutzen sollten.



Jean-Luc
Nordmann
Präsident Förder-
verein Universität
Basel (FUB)

Der Zürcher Appell für die Wahrung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit, von der NZZ Wissenschaftsbeilage als Campus «Zürcher Appell gegen Hochschulsponsoring» getitelt, hat einen Aspekt der Finanzierung auch unserer Universität Basel in den Fokus gerückt, dem wir in dieser Ausgabe des UniPLUS nachgehen wollen.

Der Baselbieter Souverän hat im Jahre 2007 mit überwältigendem Mehr dem Universitätsvertrag zugestimmt, welcher die gleichberechtigte Mitträgerschaft des Baselbiets und damit einerseits die Mitverantwortung, andererseits auch die damit verbundene gleiche finanzielle Verpflichtung wie diejenige des Kantons Basel-Stadt beinhaltet. Unsere Universität ist seither erstarkt, sie hat deutlich an Studenten zugenommen und nimmt auch in den internationalen Rankings, welche wir zwar nicht überbewerten sollten, einen beachtlichen Rang ein. Mit der Strategieentwicklung, den Leistungsaufträgen und der Erhöhung der Mittel der Öffentlichen Hand ist auch die Erwartung verbunden worden, dass die Universität Basel mehr Drittmittel, auch solche von privater

Seite, beschaffen müsse. Überdies wurde aus politischen Kreisen des Baselbiets ein vermehrtes Mitspracherecht der Parlamente beim Strategieprozess und damit auch beim Finanzbedarf der Universität gefordert – ein Anliegen, welches uns angesichts der Heterogenität der bei einer solchen Lösung beteiligten Personen zeitlich und inhaltlich zumindest problematisch erscheint.

Die Finanzierung von Universitäten durch Private hat in den USA und auch in England eine enorme Bedeutung – dabei sind Beiträge von Alumni und von deren Organisationen sehr bedeutsam. Bei uns steht jedoch die Finanzierung durch die öffentliche Hand klar im Vordergrund – Drittmittel von Stiftungen, Privaten und Unternehmen spielen eine untergeordnete, aber dennoch nicht zu unterschätzende Rolle. Das heutige Verhältnis von etwa zwanzig zu eins ist jedoch nicht in Stein gemeisselt, es könnte durchaus zu Gunsten der privaten Finanzierung verändert werden.

Die in der Bundesverfassung gewährleistete Freiheit von Lehre und Forschung muss jedoch oberster Leitsatz bleiben. Die Universität hat die Unabhängigkeit auch im Verhältnis zu Drittmittelgebern sicherzustellen. Auf der anderen Seite ist es durchaus verständlich, dass Unternehmungen mit dem Sprechen von Geldsummen auch gewisse Erwartungen verbind-

den. Wissenschaft findet nicht auf der grünen Wiese, sondern in einem gesellschaftlichen Umfeld statt. Diesem soll Rechnung getragen werden. So macht es Sinn, wenn zwischen Wirtschaft und Wissenschaft Kooperationen wie beispielsweise die Finanzierung von Lehrstühlen eingegangen werden. Ebenfalls wertvoll für beide Partner kann es sein, wenn Forschungsprojekte durch die Wirtschaft finanziert werden. Dies kann den Forschungs- und Innovationsplatz Schweiz stärken und zur



Die Redaktionen des AlumniMagazins und des UniPLUS haben für das Thema Drittmittelfinanzierung eng zusammengearbeitet. So erscheinen Auszüge des Interviews mit Uniratspräsident Ueli Vischer, das hier im Wortlaut abgedruckt ist, auch im AlumniMagazin.

Umgekehrt veröffentlichen wir auf den folgenden Seiten Auszüge aus Interviews mit Prof. Thomas Sutter-Somm, Ordinarius für Zivilrecht und Zivilprozessrecht und Vorsitzender der Regenz der Universität Basel, sowie von Dr. Kathrin Amacker, Leiterin Kommunikation SBB, Mitglied des Universitätsrats der Universität Basel und Vorstandsmitglied von AlumniBasel. Der volle Wortlaut dieser beiden Beiträge erscheint im AlumniMagazin.

angestrebten Exzellenz in Einzelbereichen beitragen – was ja auch ein Ziel unseres Fördervereins darstellt. Eine solche Finanzierung kann diese erwünschten Effekte haben, sie muss es aber nicht, sie kann sogar kontraproduktiv sein. Es ist deshalb von ausschlaggebender Bedeutung, dass wichtige Grundregeln für die Finanzierung durch private Drittmittel eingehalten werden.

So muss eine klare strategische Ausrichtung der Universität vorliegen. Drittmittel, welche der Umsetzung der Strategie dienen oder Forschungsschwerpunkte noch verstärken, sind grundsätzlich sinnvoll und anzustreben. Die Urheber dieser privaten Drittmittel und wesentliche Elemente des Vertrags sind

offenzulegen, wobei dieses Transparenzerfordernis selbstverständlich eingeschränkt werden kann, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden. Die Unabhängigkeit der Universität und die Freiheit der Forschenden und der Lehrenden müssen uneingeschränkt gewährleistet bleiben. Schliesslich ist auch Fragen der Dauer eines solchen Vertrags und notwendiger Investitionen mit längerfristigen Folgekosten Beachtung zu schenken – es sollen keine sehr kurzfristigen Anstellungen erfolgen. Es sind Verpflichtungen der Universität zu vermeiden, welche beim Wegfall der Drittmittel zu einem finanziellen Engpass führen.

Die Benennung eines Hörsaals der Universität Zürich nach einem Geldgeber hat die Schweizer Öffentlich-

keit für Fragen privater Drittmittel sensibilisiert. Dies soll Anlass sein, die Kriterien, welche gemäss unseren Beobachtungen in unserer Universität bestehen und auch sinnvoll eingehalten werden, immer wieder darzulegen und so auch das Verständnis dafür in unserer Gesellschaft zu wecken und wachzuhalten. In diesem Umfeld sollen auch Bestrebungen intensiviert werden, private Drittmittel für unsere Universität zu generieren und dadurch ihre Stellung im harten internationalen Konkurrenzumfeld zu stärken.

Jean-Luc Nordmann
Präsident Förderverein Universität
Basel (FUB)

Interview mit Universitätsratspräsident Ueli Vischer, 15.5.2014

Mit privaten Mitteln bestehende Schwerpunkte erweitern

Rund fünf Prozent der Mittel, die der Universität Basel zur Verfügung stehen, stammen von privater Seite. Die Trägerkantone erwarten sogar explizit, dass sie sich um solche Drittmittel bemüht. Aber die Projekte, die damit gefördert werden sollen, müssen in die Strategie der Uni passen. Die Finanzierung muss über einen gewissen Mindestzeitraum laufen, und in akademische Entscheidungen dürfen die privaten Spender nicht dreinreden. So wird es vertraglich geregelt. Ein Gespräch mit Universitätspräsident Ueli Vischer.



Herr Vischer, Können wir zu Beginn kurz klären, wovon wir in quantitativer Hinsicht eigentlich reden: Was hat die Drittmittelfinanzierung finanziell für eine Bedeutung an der Universität Basel?

Ueli Vischer, Präsident des Universitätsrats: Es kommt darauf an, was man unter Drittmitteln versteht. In der Universitätsrechnung für das Jahr 2013 weisen wir die Beiträge,

die nicht von der Öffentlichen Hand kommen, also nicht von den Trägerkantonen und nicht vom Bund, mit 19 % aus. Aber: In dieser Zahl sind die Gelder des Nationalfonds inbegriffen, der über die Hälfte dieses Betrages beiträgt. Weiter sind darin z.B. die Nano-Beiträge des Kantons Aargau, und die EU-Grants enthalten. Das sind alles auch Drittmittel. Die privaten Drittmittel bewegen sich in der Grössenordnung von 5 bis 7 %. Die drei potentiellen Quellen der sogenannten privaten Drittmittel sind private Förderstiftungen, Privatpersonen und dann natürlich Unternehmen der Privatwirtschaft.

Bewerten Sie dies im Lichte der aktuellen Diskussionen als geringen Anteil?

Ich möchte ihn nicht als «gering» oder «nicht gering» qualifizieren. Auch wenn der prozentuale Anteil gering erscheinen mag, handelt es sich

doch um grosse Millionenbeträge, für die wir sehr dankbar sind und ohne die wir unsere Leistungen substanziell reduzieren müssten. Aber die von gewisser Seite vertretene These, wonach sich die Öffentliche Hand vermehrt von der Finanzierung zurückziehe, weshalb die Industrie einspringe und die Universitäten zulasten der akademischen Freiheit «kaufe», halte ich für alarmistisch und falsch.

Inwiefern?

Bezüglich der Universität Basel stelle ich fest: Die Öffentliche Hand (der Bund wie die Trägerkantone und in geringerem Ausmass auch die anderen Kantone) hat über die letzten acht Jahre ihre Beiträge laufend erhöht. Mit der Erhöhung der Mittel der öffentlichen Hand war immer die Erwartung verbunden, dass die Universität selber gleichzeitig mehr Drittmittel, auch von privater Seite, generiere.

«Die drei potentiellen Quellen der sogenannten privaten Drittmittel sind private Förderstiftungen, Privatpersonen und dann natürlich Unternehmen der Privatwirtschaft.»

Das ist also eigentlich ein Auftrag, den wir haben. Wichtiger als der Finanzierungsbeitrag ist dabei, dass der betreffende Anteil der universitären Forschung so qualitativ und gesellschaftsrelevant ist, dass ihn die Industrie und andere private Geldgeber interessiert.

Hinter diesem Gedanken steht auch das Bewusstsein, dass die Universität nicht eine Institution sein darf, die nur sich selbst genügen muss, sondern letztlich das Ziel hat, Menschen auszubilden, die dann einen Beitrag an die Entwicklung der Gesellschaft leisten können. Und dazu gehört selbstverständlich auch die Wirtschaft. Die Privatwirtschaft in unserer Region geht dabei – anders als im angelsächsischen Bereich – von einer hohen öffentlichen Finanzierung aus. Sie lehnt es explizit ab, die Rolle der Öffentlichen Hand zu übernehmen und partizipiert auch nur an bestimmten Projekten. Die jeweils an der Spitze der Rankings stehenden angelsächsischen Eliteuniversitäten werden dagegen schwergewichtig durch private Gönner und durch ihre Absolventen finanziert. Dies bedeutet – nebenbei gesagt – eine enorme Belastung für die betreffenden Familien; wir sprechen da von Studiengeldern in der Grössenordnung von 50'000 Dollars und mehr pro Jahr.

Es gibt also keine Tendenz der öffentlichen Hand, die Finanzierung der Uni mehr den privaten Geldgebern zu überlassen?

Nein, die gibt es in der Schweiz nicht. Natürlich würden wir Universitäten gern auch mehr Geld entgegen nehmen und wüssten auch, was wir damit Sinnvolles tun könnten. Aber wir

müssen auch feststellen, dass wir uns in der Schweiz im Vergleich zu vielen anderen Ländern nicht beklagen können. Es kommt ja auch nicht von ungefähr, dass wir in der Schweiz die besten Universitäten in Europa haben. In den Rankings liegen praktisch alle deutschen Universitäten hinter den schweizerischen. Und das hat etwas mit Geld und der internationalen Ausrichtung der Universität – sowohl bezüglich Kooperationen als auch Zusammensetzung insbesondere des wissenschaftlichen Personals – zu tun.

Wie kommt eine private Finanzierung eigentlich konkret zustande?

Die Finanzierungen von privater Seite laufen nicht so ab, dass jemand kommt, zehn Millionen auf den Tisch legt und verlangt, dass damit dies und jenes gemacht werde, was vielleicht nicht einmal in unserer Strategie enthalten wäre. Wir haben z.B. auch schon mal eine Stiftungsprofessur abgelehnt, die nicht in unsere Strategie passte bzw. unseren Vorstellungen bezüglich der Ausgestaltung nicht entsprach. Willkommen sind also Vergabungen, die zur Strategie der Universität passen. Es muss so sein – und ist wirklich so –, dass wir mit diesen privaten Mitteln Zusätzliches leisten können. Wenn die Industrie oder andere potentielle private Geldgeber an dem interessiert sind, was wir tun, dann geben sie auch eher Geld dafür aus. Und dies wird dann genau miteinander vereinbart.

«Mit der Erhöhung der Mittel der öffentlichen Hand war immer die Erwartung verbunden, dass die Universität selber gleichzeitig mehr Drittmittel, auch von privater Seite, generiere.»

Was steht denn in einem solchen Sponsorenvertrag?

In solchen Verträgen ist immer die Bedingung formuliert, dass der Geldgeber auf die akademischen Tätigkeiten des Projektes, das er finanziert, keinerlei Einfluss hat oder im Verlaufe der Arbeiten nehmen kann. Das ist die akademische Freiheit, private Sponsoren können da nicht dreinreden.

Sponsoren können also nicht einen Schwerpunkt oder eine generelle Richtung bestimmen?

Es ist genau umgekehrt: Wenn wir einen Schwerpunkt haben, der sie interessiert, dann besteht eine Interessengleichheit. Das kann auch heissen, dass man in einem bestimmten Schwerpunkt dank eines privaten Finanzierungsbeitrags zusätzliche Forschungsarbeit leisten kann. Aber die Richtung und der Schwerpunkt waren schon da, und es muss ein Gebiet sein, in dem man als Universität selber mehr machen könnte, wenn man die Mittel dazu hätte.

«Es muss so sein – und ist wirklich so –, dass wir mit diesen privaten Mitteln Zusätzliches leisten können.»
«Wir sind sehr stark im Gewinnen von sogenannten kompetitiven Drittmitteln.»

Das ist dann gegen oben gewissermassen offen?

Das kann man so sagen. Es könnte ja immer noch mehr sein, viel mehr. Als Finanzdirektor habe ich – damals bezüglich der öffentlichen Gelder – stets gesagt: In Bildung und Forschung ist das Geld immer gut investiert.

Was ist die Erwartung an die langfristige Entwicklung der privaten Drittmittelfinanzierung. Soll sie tendenziell zunehmen?

Was ich zur öffentlichen Finanzierung gesagt habe, trifft auch für die

private zu: Wir stehen eigentlich gut da. Trotzdem erwarte ich nicht, dass der Anteil der Drittmittel signifikant steigen wird. Wenn die Mittel der öffentlichen Träger steigen, dann ist es schon eine gute Leistung, wenn die privaten Drittmittel ihren Anteil halten können. Und das war in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt klar der Fall. Da andererseits diese Drittmittel in der Regel nicht sehr langfristig ausgerichtet sind, achten wir sehr darauf, sie nicht für strukturelle Aufgaben auszugeben, sondern für zusätzliche Projekte. Wenn die Stiftung einer privaten Professur zur Diskussion steht, erwarten wir auch die Verpflichtung für einen bestimmten Zeitraum. Man kann nicht eine Professur für ein Jahr einrichten und dann hoffen, dass die Finanzierung weitergeht; solche Fragen müssen vorher geklärt und vereinbart sein.

«Wir achten sehr darauf, dass mit Drittmitteln keine strukturellen Ausgaben getätigt werden. Das wäre ein Risiko.»

Die Universität Basel ist schon seit vielen Jahren erfolgreich im Generieren von Drittmitteln. Ist sie die Beste?

Ich weiss es nicht. Bei solchen Benchmarks kommt es immer auf die Definition der Drittmittel an. Was ich aber sicher weiss: Wir sind sehr stark im Gewinnen von sogenannten kompetitiven Drittmitteln. Das sind jene Mittel, deren Vergabe national und international an qualifizierte Beurteilungen gebunden ist. Sie werden aber in der Regel von staatlich finanzierten Institutionen vergeben (Nationalfonds, EU-Grants). Es ist immer eine Auszeichnung für eine Universität, solche Gelder zu erhalten. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die sogenannten «NCCRs» (National Centres of Competence in Research). Hier steht viel Geld zur Verfügung, auch längerfristig. Diese – wie auch andere Vergabungen – setzen immer voraus, dass von der Universität zusätzliche

«Wir legen offen, wer für welche Fakultät wie viel Geld zur Verfügung stellt. Was genau im Vertrag steht, veröffentlichen wir nicht.»

Matching Funds geleistet werden. Unabhängig von der Finanzierung sind wir leider zurzeit bezüglich des in solchen Fällen jeweils erforderlichen zusätzlichen Raumbedarfes in einer schwierigen Lage, bis die im Bau befindlichen neuen Gebäude für Life Sciences nutzbar sind. So können wir im Moment gewisse Projekte bzw. die Gelder dafür gar nicht übernehmen, weil uns der Raum für die Umsetzung fehlt. Diese Situation wird hoffentlich bald korrigiert sein.

Ein weiteres Problem ist die aktuelle Verhandlungssituation mit der EU. Wir hoffen, dass wir bald wieder auf bilateraler Ebene an den Ausschreibungen partizipieren und so die Leistungsfähigkeit unserer Universität unter Beweis stellen können.

Ist die Beobachtung richtig, dass hauptsächlich die naturwissenschaftlichen Fächer von Drittmittelfinanzierungen, privaten und öffentlichen, profitieren?

Das ist von der Quantität her sicher nicht falsch. Aber es gibt auch Drittmittel bei den Geisteswissenschaften. So hat letzthin etwa ein Theologe erfreulicherweise einen «Grant» erhalten. Oder die GGG mit ihrem Fonds für Lehre und Forschung finanziert regelmässig auch geisteswissenschaftliche Projekte, etwa Reisekosten für archäologische Expeditionen, und eröffnet damit Professoren und Studierenden wertvolle Optionen. Auch Stipendien werden von privaten Stiftungen finanziert, vor allem im geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich. Davon können sehr viele Studierende profitieren.

Kritiker privater Finanzierungen warnen davor, dass die Risiken oft nicht genügend gegen die Chancen abgewogen werden.

Wir achten sehr darauf, dass mit Drittmitteln keine strukturellen Ausgaben getätigt werden. Das wäre ein Risiko, weil daraus Präjudizien entstünden, die in Zukunft nicht finanziert wären. Bei jeder Zuwendung teilen wir einen Beitrag an die Infrastruktur der Universität zu. Das ist bei den Empfängern in den universitären Einheiten nicht so beliebt, aber es muss im Interesse der Risikominimierung einfach sein. Mittlerweile leistet auch der Nationalfonds bei allen Beiträgen einen Teil an die Infrastrukturkosten. Ein anderer Grundsatz ist, dass akademische Entscheidungen von der Universität getroffen werden, und zwar ohne Einwirkung der Stifter. Das steht so in den Verträgen.

Weiter muss die Herkunft der Gelder für uns ethisch vertretbar sein. Wir müssen wissen, woher das Geld kommt, das uns zur Verfügung gestellt wird.

Der Begriff der «akademischen Entscheidung» scheint ein wenig dehnbar zu sein. Kann man diese Bestimmung nicht leicht umgehen?

Nein. Es ist relativ einfach: Jemand will etwas stiften. Dafür wird ein Vertrag abgeschlossen, und dann ist für den Stifter die Einflussnahme beendet, dann hat er nichts mehr zu sagen.

«Akademische Entscheidungen werden von der Universität getroffen, und zwar ohne Einwirkung der Stifter. Das steht so in den Verträgen.»

Kam es in der Praxis überhaupt schon vor, dass ein Stifter auf die akademische Freiheit Einfluss nehmen wollte?

Versuche gab es gewiss schon. Dabei kommt mir aber vor allem ein Fall in den Sinn, in dem der Vertrag diesbezüglich nicht klar genug abgefasst war. Das Risiko kann und muss also mit einer klaren Vertragsgestaltung ausgeschlossen werden.

«Auf Kritik muss man offen und transparent reagieren. Die Autonomie der Universität rechtfertigt aber zuweilen gegenüber interessierten Dritten durchaus auch noch eine gewisse Zurückhaltung.»

Dann ist da noch die Forderung nach Transparenz: In Diskussionen wird immer öfter die völlige Offenlegung der Verträge mit Drittmittelgebern gefordert. Wie halten Sie es damit?

Wir legen offen, wer für welche Fakultät wie viel Geld zur Verfügung stellt. Was genau im Vertrag steht, veröffentlichen wir nicht. Dies ist insbesondere dann begründet, wenn die Universität Immaterialgüter, z.B. Patente, welche von ihr entwickelt wurden, veräussert und dafür Geld erhält. Erträge aus solchen Verträgen sind nicht nur erlaubt, sondern die Universität ist als öffentliche Institution verpflichtet, diese nicht zu verschern. Die öffentlichen Geldgeber erwarten von der Universität unter dem Label WTT (Wissenschafts- und Technik-Transfer), dass sie ihre Innovationen zu Gunsten der Gesellschaft nutzbar macht.

Details der entsprechenden Verträge kommunizieren wir nicht. Das würde unsere Verhandlungsposition für die nächsten Verträge beeinträchtigen. Es könnte auch die legitimen Geheimhaltungsinteressen unserer Vertragspartner – und damit auch uns als potentielle Partner künftiger Geschäfte – beeinträchtigen. Den Aufsichtsbehörden der Universität (Finanzkontrollen, Parlamentskommissionen) legen wir solche Verträge im Rahmen ihrer Kontroll- und Aufsichtsaufgabe jedoch vor.

Bei solchen Verträgen werden wir von der Unictetra unterstützt. Diese Gesellschaft ist eine Tochtergesellschaft der Universitäten Zürich, Bern und Basel. Sie unterstützt diese drei Universitäten und ihre Forschenden bei der wirtschaftlichen Umsetzung von



Forschungsergebnissen und beim Aushandeln von Forschungsverträgen.

Ein gewisses Aufsehen hat kürzlich die Finanzierung der Ökonomen der UZH durch die UBS ausgelöst. Hätten Sie das in Basel nicht auch gerne genommen?

Eine derart grosse Finanzierung durch einen privaten Geldgeber ist für die profitierende Universität natürlich grossartig. Wir würden sie jederzeit gerne auch nehmen. Im konkreten Fall zeigt aber die Auswahl der Universität auch, dass für den Sponsor die Grösse der Fakultät und deren damit verbundenen Möglichkeiten, insbesondere auch das hohe Renommee des Institutsleiters, ausschlaggebend gewesen sein müssen; eine Bestätigung dafür, dass private Unterstützung dorthin geht, wo die Stifter bereits wissenschaftliche Potenz erkennen.

Braucht es zum Thema Drittmittelfinanzierung zusätzliche Kommunikationsstrategien?

In der Kommunikation ist nie «alles bestens». Auch bei uns nicht. Auf Kritik, die es immer und unter jeglichem Kommunikationskonzept geben wird, muss man offen und transparent reagieren. Die Autonomie der Universität rechtfertigt aber zuweilen gegenüber interessierten Dritten durchaus auch noch eine gewisse Zurückhaltung.

Wo stehen wir in 10 Jahren mit der Drittmittelfinanzierung durch Private?

Das ist schwer vorzusagen und hängt auch von der Entwicklung der Finanzierung durch die öffentliche

Hand ab. Bis jetzt war es so, dass die privaten Mittel dank dem Anstieg der öffentlichen Mittel ebenfalls zunahmen. Die öffentlichen Mittel garantieren eine gute Basisqualität, und diese zieht private Mittel an. Insofern bedingen die beiden Modelle einander gegenseitig. Natürlich wäre es für die Universität gut, wenn man den Anteil der privaten Mittel noch steigern könnte. Aber beim potenten Geldgeber «Wirtschaft» besteht wie erwähnt die Auffassung, dass sie nicht die Universitäten finanzieren soll. Insofern ist es eine durchaus ambitionöse, aber auch realistische Perspektive, wenn das bisherige Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Geldern auch in Zukunft in der heutigen Grössenordnung beibehalten werden kann.

Aber Sie haben keine Befürchtung, dass sich der Trend kehrt und sich die Öffentliche Hand aus der Finanzierung der Universitäten zurückzieht?

Ich kenne keine Politiker, die verlangen, den Hochschulen die Mittel zu kürzen. Allenfalls geht die Argumentation manchmal zu «nicht immer mehr», was ich selber falsch finde, und ich würde das auch nicht für mehrheitsfähig halten. Dass sich die öffentliche Hand aus der Finanzierung zurückziehen könnte, dafür sehe ich keine Gefahr. Die grosse volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Universitäten ist in den relevanten gesellschaftlichen und politischen Kreisen unbestritten.

*Interview: Bettina Volz
und Rudolf Messerli*

«Das Öffentlichkeitsprinzip gilt und wird gut umgesetzt»

Aus juristischer Sicht beurteilt Prof. Thomas Sutter-Somm, Ordinarius für Zivilrecht und Zivilprozessrecht und Vorsitzender der Regenz der Universität Basel, die Informationspraxis der Universität zur Finanzierung durch private Drittmittel (Auszüge aus einem Interview im «AlumniMagazin»):



«Grundsätzlich gilt für unsere Universität, auch wenn sie in den 90er Jahren in die Autonomie entlassen worden ist, das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung. Die Protokolle und Beschlüsse ihrer massgeblichen Organe wie Unirat, Rektorat, Rektorkonferenz, Regenz etc. sind veröffentlicht. Die Universität publiziert einen sehr detaillierten Jahresbericht,

der gerade im Bereich der Jahresrechnung sehr offen informiert. Dieses Öffentlichkeitsprinzip ist und bleibt bindend, und wird m.E. von der Universität auch sehr gut umgesetzt.»

«Ferner ist an die Unitectra zu erinnern, die Technologietransferstelle der Universitäten Zürich, Basel und Bern, welche an der Schnittstelle zwischen Forschung im öffentlichrechtlichen Bereich und der Privatwirtschaft agiert. Diese universitätsnahe Institution sorgt dafür, dass die Partnerschaften

auf klaren Verträgen und Regeln aufgebaut sind. Allerdings stellt sich im hoch kompetitiven Bereich der Life-Sciences-Forschung die Frage, wie weit die Offenlegung solcher Verträge gehen kann, um Transparenzforderungen der Öffentlichkeit zu befriedigen, ohne dass daraus Wettbewerbsnachteile für die Universität oder ihre Partner entstehen.»

(Wortlaut des Interviews im AlumniMagazin 2/2014)

«Forschung braucht Partner»

Aus Sicht der Kommunikationsspezialistin beurteilt Dr. Kathrin Amacker, Leiterin Kommunikation SBB, Mitglied des Universitätsrats der Universität Basel und Vorstandsmitglied von AlumniBasel, die Bedeutung der Forschungsfinanzierung durch private Drittmittel (Auszüge aus einem Interview im «AlumniMagazin»):



«Aus wissenschaftlichen Erkenntnissen heraus neue Anwendungen und Produkte zu entwickeln, die das Leben besser machen – das erdet die Wissenschaft im Alltag der Menschen. Weil Forschung also nicht im luftleeren Raum stattfindet, braucht es Partner. Die Beziehung zu diesem Partner aber ist für die gesellschaft-

liche Akzeptanz entscheidend. Da braucht es die nötige Distanz, was den Einfluss auf das Forschungsportfolio angeht. Und es braucht Finger-spitzengefühl in der Kommunikation. Die richtige Dosis macht's.»

«An Schweizer Hochschulen steckt die Alumni Idee noch in den Kinderschuhen. Ein solches Netzwerk aktiv zu nutzen, ist in unserem Bewusstsein nicht sonderlich ausgeprägt. Und

deshalb wird es auch nur schwach gelebt. Man muss nicht alles kopieren, was von den USA kommt. Aber dass die Stanford University beispielsweise jährlich eine Milliarde Dollar von Alumnis erhält, ist schon eindrucksvoll. Da vergeben wir uns eine Chance, gerade auch für den Wissens- und Arbeitsplatz Schweiz.»

(Wortlaut des Interviews im AlumniMagazin 2/2014)

Organisation Vorstand Förderverein Universität Basel

Jean-Luc Nordmann
(Präsident), Arlesheim

Elisabeth Augstburger
Liestal

Rudolf Messerli
Oberwil

Beziehungen zu den Behörden und zur Hochschule (Uni-Rat, Rektorat)
Das Präsidium

Roland Schwarz
(Vizepräsident), Muttenz

Patrizia Bognar
Arisdorf

Raphael Wiesner
Kilchberg

Werner Strüby
(Protokollführer und Anlässe), Aesch

Marc Joset
Binningen

Öffentlichkeitsarbeit
Jean-Luc Nordmann

Strategie
Das Präsidium

Martin Denz
(Kassier und Mitglieder-administration), Basel

Stephan Koller
Möhlin

Redaktionskommission
Elisabeth Augstburger
Rudolf Messerli, Redaktor
Jean-Luc Nordmann

Website
Jean-Luc Nordmann

«Erasmus brachte mich mit Studierenden aus ganz Europa zusammen» Erlebnisbericht eines ehemaligen «Erasmus»-Studenten



Pascal Schwarz

In alter Basler Tradition nahm ich das Studium der Philosophie in jener Stadt auf, in der Erasmus einst lehrte und lebte: in Basel. Und doch stammt Erasmus bekanntlich nicht vom Rheinknie, sondern von der weit entfernten Rheinmündung in den Niederlanden. Erasmus selbst lebte bereits vor, dass die Wissbegierigen sich jeweils an verschiedenen Orten mit unterschiedlichen Forschern austauschen müssen, um neue Standpunkte kennenzulernen und seinen eigenen Verstehenshorizont zu erweitern.

Das Erasmus-Programm ermöglichte es mir, im Jahr 2000 für ein Jahr an der Universität Islands in Reykjavik für zwei Semester zu studieren. Aus dem heimischen Biotop herausgerissen, war ich offen für neue Freunde und neue Ideen. Auch für die Entstehung eines persönlichen sozialen Netzwerks

ist ein Austauschprogramm wie Erasmus kaum zu überbieten. Und zu diesem Netzwerk gehören beileibe nicht nur Isländerinnen und Isländer, nein, das Erasmus-Programm brachte mich mit Studierenden aus allen europäischen Staaten zusammen. Daraus entstanden zahlreiche und dauerhafte Freundschaften, so dass ich heutzutage überall in Europa im Umkreis von 400 km auf alte Bekannte stosse, mit denen ich eine gemeinsame und erinnerungsreiche Zeit teile. So lernte ich ein facettenreiches und vielfältiges Europa kennen, das ich weder als Tourist noch als Basler Stubenhocker jemals hätte kennenlernen können.

Nebst den gewichtigen identitätsstiftenden und sozialen Elementen brachte mir das Erasmus-Programm aber auch starke Vorteile in akademischer und methodologischer Hinsicht. Denn mit dem Wechsel an eine andere europäische Universität fand ich mich zugleich in einer anderen Lerntradition wieder. All unsere europäischen Universitäten sind Kinder des gleichen

abendländischen Denkens, und doch wird überall auf unterschiedliche Art gedacht und das Denken anders organisiert. Dies ermöglicht es, die unterschiedlichsten Zugänge zur gleichen Materie zu erforschen und jeweils neue Wege zu beschreiten.

Beinahe überflüssig bleibt zu erwähnen, dass mir der Erasmus-Aufenthalt in Island auch in sprachlicher Hinsicht unglaublich viel brachte. Nicht nur erlernte ich eine neue und schöne Sprache wie das Isländische; auch meine Englischkenntnisse verbesserten sich auf der Atlantikinsel massiv. Ich war gehalten, alle akademischen Arbeiten und Essays in Englisch zu verfassen, Vorträge und Analysen in Englisch zu präsentieren. Und vielleicht ist es mir auch manchmal gelungen, den Basler Esprit mit Englischem Witz wiederzugeben.

Der Autor ist Stv. Chef des Stabsbereichs Bundeszentren im Bundesamt für Migration. Das Studium der Philosophie hat er mit dem M.A. abgeschlossen.

«Nicht alles auf den einen Stakeholder abwälzen»

Antworten von Prof. Antonio Loprieno, Rektor der Universität Basel und Präsident der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, auf einen Offenen Brief, der seine Haltung gegenüber privaten Finanzierungen in Frage stellt.

Im letzten September veröffentlichte das «Campus-Magazin» der «Neuen Zürcher Zeitung» einen Offenen Brief von Manuela Hugentobler, Generalsekretärin des Verbands der Schweizer Studentenschaften (VSS), an Antonio Loprieno, seines Zeichens Rektor der Universität Basel und Präsident der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten. Es sei «schleierhaft», schreibt sie, warum er als Verfechter der akademischen Unabhängigkeit den «Zürcher Appell» nicht mitunterschrieben habe, nach dessen Erscheinen «die breite Öffentlichkeit über die Gefahren privater Hochschulfinanzierung im Bilde» sei. «Gerade als Rektor und Wissenschaftler sollten Sie

den Politikerinnen nicht dabei helfen, sich aus der Verantwortung zu stellen.»

Prof. Loprieno antwortete mit «einem Versuch zu zeigen», dass man «einem kulturellen Phänomen mit einem juristischen Instrumentarium nicht adäquat begegnen» könne. Das kulturelle Phänomen sei die zunehmende Rolle einer kostenintensiven Forschung im Selbstverständnis der Universität bei deren gleichzeitiger Loslösung von einer rein staatlichen Einbindung. Diese Entwicklung könne man begrüssen oder kritisieren, aber nicht ausblenden. Durch die Entlassung der Universitäten in den Status der

Autonomie hätten sie sich «ein empowerment eingehandelt, das auch institutionelle Verantwortung auf allen Ebenen impliziere. Natürlich müssten sich die Universitäten weiterhin «für eine robuste staatliche Basisfinanzierung» einsetzen. Aber es wäre unverantwortlich und dem Status als autonome Institutionen nicht wirklich vereinbar, sämtliche Kosten den öffentlichen «Stakeholder» abwälzen zu wollen, auch wenn er der wichtigste sei.

Der ganze Wortlaut des Offenen Briefs und der Antwort nachzulesen auf: <http://campus.nzz.ch/politik/zankapfel-drittmittel>

Universitätsrechnung 2013: 3,4 Mio. Überschuss

upl. Im Rechnungsjahr 2013 weist die Universität Basel einen Gesamtaufwand von 646,9 Mio. Fr. aus, dem Erträge von 650,3 Mio. Fr. gegenüberstehen, woraus ein Plus von 3,4 Mio. Fr. resultiert. Für das positive Jahresergebnis ist zum einen die hohe Budgetdisziplin der universitären Einheiten verantwortlich, zum anderen konnte die Universität höhere Bundeseinnahmen und Dienstleistungserträge erzielen.

Die Trägerkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft finanzieren mit 315,6 Mio. Fr. 48,5% des Gesamtaufwands. Der Bund steuert gemäss Universitätsförderungsgesetz 87,0 Mio. Fr. oder 13,4% bei. Weitere 10,8% kommen von Kantonen, die Studierende nach Basel schicken und dafür gemäss der interkantonalen Universitätsvereinbarung 70,6 Mio. Fr. beitragen. 125,3 Mio. Fr. oder 19,3% der gesamten Erträge stammen aus

kompetitiv eingeworbenen Mitteln wie Projektzusprachen des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und internationalen Forschungsprogrammen, aus speziellen Bundesprogrammen und weiteren zweckgebundenen Forschungszusprachen sowie von privaten Dritten. Schliesslich entfallen 8% der Erträge (51,8 Millionen Franken) auf Gebühren, Dienstleistungen und auf den Vermögenserfolg, wie die Universität mitteilt.



Förderverein Universität Basel

Einblicke in die Fakultät für Psychologie der Universität Basel

Eine Veranstaltung des Fördervereins Universität Basel mit **Prof. Dr. Roselind Lieb, Dekanin der Fakultät für Psychologie der Universität Basel**. Datum und Zeit: Dienstag, 10. Juni 2014, 19.15 Uhr

Ort: Skulpturenhalle Basel, Mittlere Strasse 17, 4056 Basel

Der Anlass dauert ca. eine Stunde. Anschliessend offerieren wir einen kleinen Aperó. Förderverein Universität Basel, Jean-Luc Nordmann, Präsident

Voranzeige

Die GV des Fördervereins Universität Basel wird am 6. November 2014 stattfinden und wie immer mit einem Anlass verbunden sein.

Bitte Termin reservieren:

Anlass zusammen mit FAG und AlumniBasel am Mittwoch, 22. Oktober 2014, 18.15 Uhr «Bologna – besser als der Ruf?»

Ziel: Beurteilen der Auswirkungen der Reform auf die Qualität von Lehre und Forschung. Inwieweit ist der angestrebte europäische Hochschulraum erreicht worden? Sind Mobilität und Durchlässigkeit gesteigert worden? Ist der administrative Aufwand angemessen? Durch welche Hindernisse wird die Zielerreichung erschwert? Welches sind die wesentlichen zukünftigen Herausforderungen? Besteht konzeptioneller Handlungsbedarf?

Referenten und Podiumsteilnehmer:

Prof. Antonio Loprieno, Rektor der Universität Basel und Präsident der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS)

Prof. Patrick Aebischer, Président Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne (EPFL)

PD Martin Kessler, Universität Göttingen, von 2006 – 2009 Oberassistent an der Universität Basel (Prof. Martin Walraff)

Ronald Schenkel, Redaktionsleiter NZZ Campus

Einladung und Anmeldetalon erhalten Sie im September

impresum

HERAUSGEBER

Förderverein
Universität Basel,
Werner Strüby
Kirschgartenstrasse 28
4147 Aesch
fub.sekretariat@gmail.com

Präsident:
Jean-Luc Nordmann

REDAKTION

Rudolf Messerli
Im Lohgraben 40
4104 Oberwil
Tel. 061 402 06 30

REDAKTIONSKOMMISSION

Elisabeth Augstburger
Rudolf Messerli, Redaktor
Jean-Luc Nordmann

INTERNET

www.foerderverein-unibasel.ch

GESTALTUNG/PRODUKTION

Patrick Sayer Grafik, Binningen

KORREKTORAT

Peter Waldmeier

DRUCK

Kurt Fankhauser AG, Basel
Auflage dieser Ausgabe:
1300 Ex.